

## Beschlussvorlage

**Vorlage Nr.: 2018/158**

Datum der Freigabe: 04.09.2018

Amt:	Interne Dienste	Datum:	04.09.2018
Bearb.:	Wolfhard Kutz	Wiedervorl.:	
Berichterst.:	Antragsteller		

Beratungsfolge	Termin	Behandlung
Wirtschaftsausschuss	12.09.2018	öffentlich
Hauptausschuss	24.09.2018	öffentlich
Stadtvertretung Kappeln	24.10.2018	öffentlich

### Abzeichnungslauf

### Betreff

Antrag auf Erlass einer Resolution gegen Anspengversuche vor Schönhagen

### Sach- und Rechtslage:

Der Antrag der Fraktion Bündnis 90/Die Grünen wird zur Beratung vorgelegt.

### Finanzielle Auswirkungen:

JA  NEIN

### Umweltauswirkungen:

JA  NEIN

### Beschlussvorschlag:

Der Wirtschaftsausschuss empfiehlt ...

Der Hauptausschuss empfiehlt ...

die Stadtvertretung beschließt ...

... die nachfolgende Resolution:

1. Die Stadtvertretung der Stadt Kappeln fordert das Bundesministerium für Verteidigung auf, zum Schutz der benachbarten „Natura 2000“- Gebiete und zum Schutz des Schweinswals vor negativen Auswirkungen durch die geplanten Anspengversuche an der Fregatte Ex-Karlsruhe im militärischen Sperrgebiet Schönhagen, Verträglichkeitsprüfungen nach der Fauna-Flora-Habitat-Richtlinie für die betroffenen Schutzgebiete durchführen zu lassen und die erwarteten Auswirkungen sowie geplante Vermeidungs- und Minimierungsmaßnahmen rechtzeitig vor Beginn der Anspengversuche offen zu legen.

Auch wenn dabei die geplanten Sprengungen im Detail geprüft werden müssen (Art des Sprengstoffes, Ladungsmengen, Anzahl der Sprengungen usw.), ist es nicht hinnehmbar, eine Verträglichkeitsprüfung mit einem Hinweis auf Arbeitsumfang und Geheimhaltung abzulehnen und nur den berechtigten Schutz der Soldaten in den Vordergrund zu stellen.

2. Die Stadtvertretung fordert zum Schutz der Tiere Vergrämungs- und Minimierungsmaßnahmen, insbesondere den Einsatz sogenannter Blasenschleier, die Beachtung der Schonzeiten und ein begleitendes Monitoring.
3. Die Stadtvertretung der Stadt Kappeln beauftragt die Verwaltung, sich mit dem Anliegen der Stadtvertretung an die Regierung des Landes Schleswig-Holstein zu wenden, die wiederum das Anliegen an das Bundesministerium der Verteidigung weiter leitet, mit der Bitte um umgehende Erstellung und Offenlegung der Verträglichkeitsprüfungen.

**Anlage(n)**

Antrag

Pressebericht